Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1703
19.01.2022

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

76. Sitzung (öffentlich)

19. Januar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 21:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

Der Ausschluss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion, TOP 10 als TOP 3 zu behandeln, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ab.

1 Bekämpfung von Umweltkriminalität in NRW endlich stärken – Schwerpunktstaatsanwaltschaft und Koordinierungsstelle für NRW einrichten **9**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14258

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 1)*

2 Die Naturparke in NRW *(s. Anlagen 2 bis 4)* **26**

Gäste: Landrat Frank Rock, Dominik Hosters und Dr. Barbara Hendricks

– Wortbeiträge

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes **42**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14405

Ausschussprotokoll 17/1649 (Anhörung vom 29.11.2021)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16288

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/16288 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Der Ausschuss stimmt dem geänderten Gesetzentwurf Drucksache 17/14405 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen **47**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14066

Ausschussprotokoll 17/1585 (Anhörung vom 4.10.2021)

In Verbindung mit:

Acker, Wiesen und Natur erhalten, Lebensgrundlagen schützen – Flächenfraß endlich beenden!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14047

Ausschussprotokoll 17/1585 (Anhörung vom 4.10.2021)

– Wortbeiträge

5 Die Lehren aus den Ursachen der Coronavirus-Pandemie ziehen – Zoonosen erforschen, monitoren und vermeiden 59

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13085

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16289

Ausschussprotokoll 17/1511 (Anhörung vom 25.08.2021)

– keine Wortbeiträge

6 Wolfsland NRW braucht präventiven Herdenschutz und Entschädigungskonzepte für Halterinnen und Halter 60

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14073

Ausschussprotokoll 17/1612 (Anhörung vom 09.11.2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/14073 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 E10-Kraftstoff zerstört die Umwelt und sorgt für steigende Lebensmittelpreise – 10 Jahre CDU-Biokraftstoffquote jetzt beenden 71

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15259

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den geänderten Antrag der AfD-Fraktion 17/15259 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen AfD-Fraktion ab.

8 Klimaschutz im Luftverkehr endlich wirksam voran bringen 72

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15224

– Wortbeiträge

9 Entgelte für tätige Mithilfe der Forstbehörden bei der Bewirtschaftung des Körperschafts- und Privatwaldes (Entgeltverzeichnis 2022) 73

Vorlage 17/6228

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt das Einvernehmen einstimmig her.

10 Aktueller Stand der Explosion im Tanklager des Entsorgungszentrums des Chemparks in Leverkusen-Bürrig *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)* **74**

Und:

Ableitung von Insektengift in den Rhein nach der Chempark-Explosion

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6283

– Wortbeiträge

11 Verkauf eines Naturschutzgebietes zur Erweiterung des Freizeitparks Phantasialand *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)* **97**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6282

– Wortbeiträge

12 Entwurf einer Verordnung zur Neuordnung der Zuständigkeiten im Humanarzneimittel-, Tierarzneimittel-, Medizinprodukte- und Apothekenwesen sowie auf dem Gebiet des Schutzes vor nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen **98**

Vorlage 17/6233 (Neudruck)

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/16191 (Neudruck)

– Wortbeiträge

Die Anhörung ist erfolgt.

* * *

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14405

Ausschussprotokoll 17/1649 (Anhörung vom 29.11.2021)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16288

(Überweisung des Gesetzentwurfs an Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 8. September 2021)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill gibt an, der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen habe den Gesetzentwurf am Vortage mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion angenommen. Sie beabsichtige, diesen Gesetzentwurf heute abschließend zu beraten.

Rainer Deppe (CDU) verweist auf die Anhörung vom 29.11.2021. Es sei eine sehr erfolgreiche Anhörung gewesen. Nun gebe es das gute Instrument der Anhörung. Man habe sich darauf verständigt, dass man aus guten Gründen während der Anhörung keine Diskussionen führe. Er komme auf die Anhörung zu TOP 1 dieser Sitzung zurück. Da habe man auch keine Diskussion führen können, was vom Grundsatz her richtig sei. Wenn man dieses Instrument der Anhörung, was er für außerordentlich wichtig und fruchtbar halte, für die Beratungen beibehalten wolle, dann müssten sich der Ausschuss und auch die Sachverständigen angemessen verhalten. Dass man keine schriftliche Stellungnahme abgebe, sondern nur mündlich vortrage, sei schon ungewöhnlich, aber auch zulässig. Dann aber im Grunde nicht auf Fragen zu antworten und Sachverstand zu äußern, sondern politische Stellungnahmen hier abzugeben, das desavouiere das Instrument der Anhörung. Dafür sei es nicht da. Dadurch würden auch die Rechte des Parlamentes geschwächt. Man könne ja Fragen stellen, könne aber nicht in die Diskussion mit den Sachverständigen eintreten, was er gerne gemacht hätte.

Er wolle noch zu einem Inhalt der Äußerungen nehmen. Die Äußerung über die angeblich fehlende Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen weise er zurück. Das werde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf den verschiedenen Ebenen – ob das das Ministerium sei, ob dass das LANUV sei, ob das die Bezirksregierung sei, ob das die Kommunen seien – nicht gerecht. Die Leute leisteten einen guten Job, einen hoch engagierten Job. Man habe das in verschiedenen anderen Zusammenhängen kennen-

gelernt. Er wolle das so nicht stehen lassen, dass hier pauschal gesagt werde, die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen sei unfähig. Diese Äußerung weise er mit Nachdruck zurück.

Dr. Christian Blex (AfD) bezeichnet es als peinlich, dass es jetzt in § 1 im zweiten Absatz heiße, „zur Erreichung der Ziele wird das Land insbesondere unterstützen 1. das schadstoff- und abfallarme sowie möglichst klimaneutrale Herstellen, Be- und Verarbeiten und in Verkehr bringen von Erzeugnissen." Das entspreche voll der Predigt der Church of Global Warming. Jetzt sollten noch mehr Bevorzugungspflichten eingeführt werden, koste es was es wolle. Seine Fraktion werde die Änderungen des Landesabfallgesetzes nicht mittragen. CDU und FDP versuchten, sich einen gläubigen Anstrich zu geben. Sie unterschätzten vollkommen die Gefahr steigender Entsorgungskosten. Das trage seine Fraktion nicht mit.

Norwich Rüße (GRÜNE) schickt voraus, seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten. Jetzt hätten CDU und FDP noch einen Änderungsantrag vorgelegt. Er sei passend, sei genauso wie der gesamte Gesetzentwurf, nämlich relativ nichtssagend. Es werde eine redaktionelle Änderung zum Schluss eingereicht. Das Beste, was hier gemacht werde, sei die Umbenennung des Gesetzes in Landeskreislaufwirtschaftsgesetz. Das sei schön, das sei eine Anpassung. Das, was inhaltlich gemacht werde, sei nicht falsch, aber es reiche bei Weitem nicht aus. Dem eigenen Koalitionsvertrag werde man damit nicht gerecht. Wenn CDU und die FDP den Koalitionsvertrag hätten ausfüllen wollen, dann hätten sie aus seiner Sicht mehr machen müssen. Vielleicht habe man in der nächsten Legislaturperiode den Mut, das zu tun, was zeitgemäß wäre.

An Herrn Deppe gewandt, fährt der Redner fort, es sei der ehemalige Minister Eckard Uhlenberg gewesen, der am Ende der Legislaturperiode 2009 heftigst gesagt habe, dass 1000 Stellen bei den Bezirksregierungen im Bereich Umweltverwaltung fehlen würden. Niemand sage, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grundsätzlich schlechte Arbeit leisteten. Es werde gesagt, in dem Bereich der Verwaltung fehle es an Stellen, und zwar in einem hohen Maße. Das sei das Problem. Es gebe enorme Überbelastungen dort. Das gelte es, in Zukunft zu beseitigen. Denn so sei die Umweltverwaltung Nordrhein-Westfalen nicht arbeitsfähig. Man habe in den letzten Jahren und Monaten immer wieder gesehen, dass es vorne und hinten nicht ausreiche. Es wäre Aufgabe von CDU und FDP gewesen, das in den vergangenen 5 Jahren zu korrigieren. Dann müsse es jetzt eine neue Landesregierung ab Juni in Angriff nehmen.

(Rainer Deppe [CDU]: Wie viel hat denn Herr Remmel daran geändert?)

– Mehr als Sie.

René Schneider (SPD) betont, seine Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen. Er enthalte zwar keine Fehler; aber das allein würdige ihn auch nicht so wirklich, weil er ambitionslos sei und keine weiteren Initiativen ausweise.

Bezugspunkt sei einzig und allein die 1:1-Umsetzung des Bundesgesetzes. Dennoch gebe es einige, wie er finde, gute Anregungen aus der Anhörung, die seine Fraktion aufgreifen und in einen Entschließungsantrag packen werde, der in der nächsten Plenardebatte eingebracht werde. Man werde sehen, was daraus werde.

Markus Diekhoff (FDP) findet es schade, dass sich die SPD dem Gesetzentwurf nicht anschließen könne oder zumindest wie die Grünen zu einer Enthaltung komme. Die Sachverständigenanhörung habe gezeigt, dass grundsätzlich alle damit zufrieden seien. Dass man immer mehr Akzente setzen könne und immer mehr machen könne, das sei klar. Aber das, was jetzt vorgelegt werde, sei notwendig und richtig. Weil alle Experten den Gesetzentwurf begrüßt hätten, könne man dem so auch zustimmen. Die Kreislaufwirtschaft sei schließlich ein wichtiges Thema.

Zurück weise er allerdings den Vorwurf der AfD, damit würden dauerhaft Gebühren erhöht oder anderes. Er glaube, dass Kreislaufwirtschaft wichtig sei. Das sei ein Markt, der auch funktioniere, der vieles und Gutes hervorgebracht habe. Was wäre die Welt hier ohne Altpapier? Das sei jedem inzwischen klar. Hier mit falschen Behauptungen zu kommen, dass die Bürger das alles bezahlen müssten, das sei Unsinn. Eine vernünftige Kreislaufwirtschaft spare auf Dauer nicht nur Ressourcen und schone die Umwelt, sondern spare auch Geld. Rohstoffe, die Herstellung von Rohstoffen, die Gewinnung würden immer teurer. Von daher mache es Sinn. Er begrüße es, dass der Gesetzentwurf heute beschlossen werde und freue sich über die zumindest stillschweigende Genehmigung der Grünen. Er appelliere an die SPD, in sich zu gehen.

Jochen Ritter (CDU) kommt auf den Inhalt des Gesetzentwurfs zurück. Den Begriff Ambitionslosigkeit weise er zurück. Er gehe noch über das hinaus, was Herr Diekhoff gesagt habe. Es werde mehr als das Notwendige getan. Die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand werde deutlich gestärkt. Am Bau werde der komplette Lebenszyklus der Gebäude von der Errichtung bis zur Entsorgung in den Blick genommen. In Sachen Gebühren führe das Gesetz zu mehr Klarheit. Insofern sei es ein gutes Werk. Er werbe um Zustimmung.

Bianca Winkelmann (CDU) ist enttäuscht über die Statements von Herrn Rüße und von Herrn Schneider und auch der Ankündigung der Ablehnung der SPD. Die fünfstufige Abfallhierarchie löse die dreistufige ab, d. h., Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung, Beseitigung. Es werde die Bevorzugungspflicht für ökologisch vorteilhafte Erzeugnisse festgeschrieben. Man schreibe fest, dass die Bevorzugung von Rezyklaten in der Bauwirtschaft kommen solle.

(Carsten Löcker [SPD]: Was ist denn Neues daran?)

Das sei genau das, was zumindest die Grünen zu 100 % unterstützen müssten.

Gestern habe es eine Pressekonferenz der Kollegen der SPD gegeben, in der es um Kiesabbau gegangen sei. Der Spitzenkandidat, der Fraktionsvorsitzende Kutschaty, sage, er wolle demnächst in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr 100.000 Wohnungen mehr

bauen. Sie frage, womit man diese 100.000 Wohnungen bauen wolle. Die SPD lasse nicht einmal Rezyklate zu, beklage sich über den Kiesabbau. Einen Tod müsse man sterben, ein bisschen schwanger gehe nicht. Man könne viel aus Holz bauen, aber nicht alles aus Holz bauen. Sie finde diese Diskussion an der Stelle verlogen und sei schockiert, vor allem mit Blick auf die gestrigen Pressekonferenz und den Umgang mit dem Thema Kies.

René Schneider (SPD) hält fest, Frau Winkelmann sei enttäuscht. Das sei er, als er das Gesetz gesehen habe, auch gewesen, weil nur der Status Quo übernommen werde, das, was man sowieso nicht anders machen könne.

Er nenne ein Beispiel, das werde in dem Entschließungsantrag der SPD stehen. Er sei sehr gespannt, ob die Koalitionsfraktion da mitgehen würden. Das sei der Haftungsfonds, den Sachverständige vorgeschlagen hätten. Stichwort Rezyklate, Stichwort Einsatz von recycelten Baustoffen – dieser Haftungsfonds würde der kommunalen Familie helfen. Das sehe er nicht bei den Koalitionsfraktionen. Er sei gespannt, ob man da einsteige oder ob man da auch wieder von „verlogener“ Debatte spreche.

Wenn die CDU die Auffassung teile, die man gestern vorgestellt habe, die mittlerweile Common Sense sein müsste, zumindest bei den niederrheinischen Abgeordneten, dann müsste sie hier viel ambitionierter vorgehen. Das sei der Vorwurf. 08/15 könne man machen. Wenn das das Ende der Fahnenstange sei, dann sei das für ihn ein Niveaulimbo, kein ambitionsvolles politisches Handeln.

Kurz vor Toresschluss, 116 Tage vor der Wahl, könne man sagen, man lehne sich zurück und mache nur das, was irgendwie gemacht werden müsse, und kehre mal eben die Ecken aus. Das sei nicht opportun in dem Moment, wo man sagen müsse, dass man aus dem Abbau von Kies und Sand raus müsse. Seine Fraktion werde die Vorschläge machen. Er sei gespannt, wie die Debatte im Plenum dazu laufen werde, mit welchen Pirouetten die CDU das ablehnen werde. Dann könne man sich inhaltlich noch einmal im Ausschuss damit auseinandersetzen.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) kommt auf die Historie zu sprechen. Sie habe sich gerade vergewissert. Die Rahmengesetzgebung des Bundes stamme aus dem Jahre 2010, das sei die Abfallrahmenrechtlinie, die in Bundesrecht umgesetzt worden sei, die aber hier im Land nicht umgesetzt worden sei, seit 2010.

(René Schneider [SPD]: Da brauchen Sie 5 Jahr für!)

Sie sehe ziemliche Ähnlichkeiten zum Thema Luftqualität und Luftqualitätsrichtlinie, die auch über viele Jahre in Nordrhein-Westfalen nicht umgesetzt und nicht angepasst worden sei. Die Landesregierung mache das jetzt. Es sei auch der Punkt enthalten, den Sie persönlich sehr wichtig finde, was die nachhaltige öffentliche Beschaffung angehe, dass jetzt endlich geregelt werde, dass auch Nachhaltigkeitsaspekte bei der Vergabe eine Rolle spielen müssten. Es stimme sie schon fröhlich. Sieben Jahre seien SPD und Grüne in der Regierung gewesen, hätten kein Schlag getan, außer eine sehr

kleine Novelle umzusetzen, und jetzt werde CDU und FDP vorgeworfen, dass man genau das tue, was Rot-Grün damals schon längst hätte machen müssen.

Norwich Rüße (GRÜNE) erwidert, manchmal müsse man sich schon fragen, ob man es besser schlecht mache oder ob man es gar nicht mache. Er hätte sich gar nicht mehr gemeldet – seine Fraktion enthalte sich ja. Es gebe ein paar Sachen, die seien okay. Frau Winkelmann habe ihn gereizt. Das sei jetzt immer ihre Art, das müsse man vielleicht auch, wenn man zur regierungstragenden Fraktion gehöre, dass man alles über den grünen Klee lobe. Er fände es besser, ehrlich zu sagen, man habe etwas gemacht, dabei wäre noch mehr drin gewesen und auch mehr nötig gewesen.

Über § 2 habe man am längsten diskutiert. Da habe der Sachverständige Thomas Reiche festgestellt – er zitiere, das sage alles aus über das Gesetz – :

> „Damit ist absehbar, dass auch der geplante neue § 2 LKrWE-E – wie bisher schon § 2 LAbfG – trotz bester Regelungsintentionen praktisch weitgehend leerlaufen sowie bedeutungs- und wirkungslos bleiben wird.“

Es sei auch sein zentraler Vorwurf, dass die Ziele, die im Koalitionsvertrag richtigerweise verankert seien, nicht erreicht würden. Man mache zu wenig an der Stelle. Er sei gespannt, was da von der SPD noch kommen werde, und wie sich die Koalitionsfraktionen dazu verhielten. Tatsächlich müsste man an der einen oder anderen Stelle nachsteuern. Alle wüssten, wie das Geschäft laufe. Es werde voraussichtlich nicht passieren. Man könne aber von seiner Fraktion nicht mehr erwarten, als dass sie sich an der Stelle enthalte. Dazu sei das Ganze nicht gut genug geworden.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/16288 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Der Ausschuss stimmt dem geänderten Gesetzentwurf Drucksache 17/14405 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.